

Plenarbericht der CDU-Fraktion: Themen und Debatten

Mittwoch, 13 Oktober 2010

Haushaltberatung - Wirtschaftspolitik - Schulpolitik - und vieles mehr bei der 32.-34. Plenarsitzung des Thüringer Landtages im Oktober

(TOP 38) 20 Jahre deutsche Einheit sind ein Grund zur Freude

20 Jahre deutsche Einheit waren und sind ein Grund zur Freude. Das unterstrich der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring während der Plenardebatte (Drs. 5/1564, DIE LINKE).

Die Fraktion DIE LINKE neige dazu, die Früchte der friedlichen Revolution eher klein und die Probleme der Transformation eher größer zu zeichnen, kritisierte der CDU-Politiker. Mohring stellte eine positive Bilanz heraus.

An die Stelle einer kommunistischen Parteidiktatur sei eine parlamentarische Demokratie, aus einem Unrechtsstaat ein Rechtsstaat geworden. Die soziale Marktwirtschaft löste die ineffiziente Zentralverwaltungswirtschaft ab. Aus Insassen eines Mauerstaates seien freie Bürger geworden. Mohring bilanzierte 20 Jahre deutsche Einheit und verglich beispielsweise die Lebenserwartung, das Gesundheitswesen, den Umweltschutz oder auch die Infrastruktur mit 40 Jahren SED-Diktatur.

Der Fraktionsvorsitzende nahm auch die Zukunft in den Blick. Die CDU-Fraktion wolle beispielsweise die Entfristung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes über den 31.12.2010 hinaus erreichen, die Bedürftigkeitsregelung bei Opferpensionen abschaffen, die Zwangsausgesiedelten als Opfergruppe anerkennen und eine Initiative zu den verlorenen Schulabschlüssen (verfolgte Schüler) starten. „1989/90 war ein Sieg der Freiheit. Auch für das, was davor war gilt: Nie wieder Kommunismus – wehret den Anfängen!“, schloss Mohring seine Rede im Plenum ab.

(TOP 42 a) Erfolgreiche Thüringer Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren

Der CDU-Fraktionsvize Michael Heym erinnerte in der Aktuellen Stunde (Drs. 5/1501, FDP) an den „Trümmerhaufen, den wir vor 20 Jahren in Thüringen nach 40 Jahren SED-Diktatur vorgefunden haben und aus dem das Land erst seinen Weg finden musste“. Er richtete seinen Dank an all jene, die damals mutig und besonnen das Ruder in die Hand genommen und sich beispielsweise in Form von privaten Unternehmen neu gegründet haben.

Viele dieser Unternehmen - mittlerweile 61.500 Unternehmen mit mindestens einem versicherungspflichtig Beschäftigten - feierten in diesem Jahr ihr 20. Firmenjubiläum und seien insgesamt bemerkenswert gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen. Das sei vor allem der besonderen Robustheit und Kleingliedrigkeit der Thüringer Wirtschaft und den in der Vergangenheit von Seiten der Politik gesetzten Rahmenbedingungen zu verdanken. Abschließend richtete Heym sich an den derzeitigen Wirtschaftsminister mit der Bitte, die Leistungen der Thüringer Wirtschaft in den vergangenen 20 Jahren stärker zu würdigen. Aufbauend auf diesem Fundament könne der Minister in den nächsten Jahren weiterarbeiten und müsse auch die Unternehmen mit der nötigen Sorgfalt und Unterstützung in ihrer Entwicklung begleiten,

die nicht im Bereich „Green-Tech“ angesiedelt seien.

(TOP 42 b) Jeder Einzelfall wird genau geprüft

Das Innenministerium hat die Abschiebungen von Roma in den Kosovo (Drs. 5/1522, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verteidigt. Die Praxis richte sich nach dem Rückübernahmeabkommen zwischen dem Bund und der Republik Kosovo. Der Freistaat Thüringen könne die Abschiebepaxis aus rechtlichen Gründen nicht eigenständig

aussetzen. Die CDU-Politikerin Gudrun Holbe betonte, dass jeder Einzelfall genau geprüft werde. „Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, bestimmte Bevölkerungsgruppen pauschal von dieser Ausreisepflicht auszunehmen, wenn diese in ihren Heimatstaaten sicher leben können“;, so Holbe.

(TOP 42 c) Kita-Rechtsverordnung regelt keine inhaltlichen Fragen

Zur Planung des aktuellen Kindergartenjahres bedarf es nicht der Verordnungsregelung (Drs. 5/1525, DIE LINKE). Darauf machte der CDU-Abgeordnete Maik Kowalleck im Rahmen der Aktuellen Stunde aufmerksam. Die Rechtsverordnung regle nur Verfahrensfragen, keine inhaltlichen Fragen. Alle relevanten Sachverhalte seien im Gesetz geregelt. Dies gelte auch für die Spitzabrechnung in § 23 a Abs. 1 ThürKitaG, die die Erstattung der im Jahr 2010 tatsächlich entstandener angemessener Kosten betreffe. Hierdurch sei sichergestellt, dass der Freistaat Thüringen die mit den Neuregelungen des ThürKitaG verbundenen angemessenen Mehrkosten vollständig übernimmt. Nach Abschluss der regierungsinternen Ressortabstimmung werde eine schnellstmögliche Beratung zur Rechtsverordnung im Bildungsausschuss angestrebt.

(TOP 42 d) Zahl optimistisch eingestellter Jugendlicher hat sich erhöht

Jugend ist unsere Zukunft. Die ernsthafte Beschäftigung mit ihren Einstellungen und Erwartungen muss ein politisches Top-Thema sein. Deshalb hat die CDU-Fraktion die Shell-Jugendstudie in den Mittelpunkt der Aktuellen Stunde (Drs. 5/1548) gestellt. Die CDU-Jugendpolitikerin Beate Meißner stellte fest, dass sich gegenüber der Studie von 2006 die Zahl der optimistisch eingestellten Jugendlichen von 50 auf 60 Prozent erhöht hat. Weniger erfreulich sei, die Studie stelle eine Verschärfung der Kluft zwischen arm und reich fest. Diese Kluft zu schließen, sei ein Ziel der Bildungspolitik der CDU-Fraktion. Die Politik müsse vor allem das Fundament für eine hohe Schul- und Bildungsqualität legen und damit für Aufstiegschancen sorgen. Niemand soll sich in Armut einrichten oder einrichten müssen.

(TOP 42 e) Konzepte für das Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof

„Das Handlungskonzept zur weiteren Professionalisierung der Stadt Oberhof als Wintersport- und Tourismuszentrum ist in allen wesentlichen Bestandteilen zu begrüßen.“ Das sagte der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Heym, im Rahmen der aktuellen Stunde (Drs. 5/1586, SPD) im Plenum. Als die touristische Marke des Thüringer Waldes und Wintersportzentrums von internationaler Bedeutung müsse Oberhof durch eine Reihe von Maßnahmen für die Zukunft noch sicherer und auch wirtschaftlicher aufgestellt werden. Hier gebe es neue Herausforderungen, was sowohl die Infrastruktur des Ortes, aber auch die Struktur der Einrichtungen und Institutionen betreffe. Beide Bereiche würden durch das Konzept aufgegriffen. Wie Heym ausführte, ist es zielführend, wenn unter einer einheitlichen Organisationsstruktur alle sportlichen Anlagen zusammengefasst werden, wie es bereits mit der Oberhofer Sportstätten GmbH der Fall ist.

(TOP 8) Rechnungshof unterstreicht dramatische Haushaltslage

Eine Haushaltskonsolidierung nach dem Motto „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ werde nicht funktionieren. Das bekräftigte die CDU-Finanzpolitikerin Annette Lehmann bei der Haushaltsdebatte (Drs. 5/1541) im Landtag. Lehmann verwies auf den vorgelegten Sonderbericht des Landesrechnungshofes, welcher auf die dramatische Haushaltslage und die drohende Handlungsunfähigkeit aufmerksam machte. Die CDU-Abgeordnete hielt an der Zielstellung der Fraktion fest, die im Jahr 2014 wieder Landeshaushalte ohne neue Schulden aufstellen will. Die Politikerin unterstrich vor diesem Hintergrund die Erwartung der Fraktion an die Haushaltsstrukturkommission der Landesregierung. Sie müsse klar sagen, welche Leistungen, Investitionen und Kofinanzierungen eingeschränkt werden müssen und wie die Personalkosten gesenkt werden können. Lehmann dämpfte zugleich die Erwartung an die laufenden Haushaltsverhandlungen 2011: „Nach dem Landtagswahlergebnis 2009 war es leider nicht möglich, wie in den letzten drei Jahren in Alleinverantwortung der CDU, Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen und die Haushaltssanierung fortzusetzen. Sparen kann unter den obwaltenden Umständen nur die Koalition gemeinsam.“ In der gegebenen Konstellation sei es schwierig, den Haushaltsentwurf der Landesregierung noch einmal grundlegend zu ändern. Umso stärker lastet laut Lehmann jedoch der Druck auf den Haushalten der kommenden Jahre. Das habe auch der Rechnungshofspräsident mit der gebotenen Klarheit herausgestellt.

(TOP 1) Gegen die Absenkung des Wahlalters

Die CDU-Fraktion hat den Gesetzentwurf (Drs. 5/478, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre abgelehnt. „Wir sind der Auffassung, dass junge Menschen, denen das bürgerliche Recht aus guten Gründen nicht die uneingeschränkte Verantwortung für sich selbst auferlegt, nicht in die Situation gebracht werden sollen, Verantwortung über den eigenen Rechtskreis hinaus zu übernehmen, wie dies bei Wahlen der Fall ist“, sagte der CDU-Politiker Jörg Kellner im Plenum. Der Fraktion erscheine es sinnvoller, Jugendliche außerhalb von Wahlen für Politik zu interessieren und diese aktiv einzubeziehen.

(TOP 2 a und b) Kein Diätenmoratorium

Die Fraktion DIE LINKE wollte mit der Änderung der Thüringer Verfassung sowie des Thüringer Abgeordnetengesetzes (Drs. 5/1397, 5/1398) ein sogenanntes Diätenmoratorium, d.h. die Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für ein Jahr, festschreiben. Die Höhe der Grundentschädigung der Abgeordneten sollte sich demnach bis zum 31. Dezember 2011 nicht ändern. „Die Indexregelung ist gerecht und hat sich bewährt. Andere Bundesländer haben die Indexierung daher auch übernommen“, sagte der CDU-Politiker Gustav Bergemann im Plenum. Zu beachten sei außerdem, dass die Erhöhung der Abgeordnetengrundentschädigung insbesondere an die allgemeine Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten gekoppelt ist. Auf Basis der Zahl der Gesamterwerbstätigen in Thüringen liege der ausgewiesenen allgemeinen Einkommensentwicklung eine Repräsentativität von 97 % zugrunde. Der Abgeordnete als Volksvertreter solle auch was das Gehalt angeht an der Gemeinschaft mit den Menschen, den er vertritt, teilhaben. „Über die Hintertür eines Moratoriums unser transparentes verfassungsmäßig geregeltes System der Abgeordnetenentschädigung auszuhebeln, wird von uns nicht mitgetragen“, so Bergemann.

(TOP 3) Kein Änderungsbedarf am Thüringer Bibliotheksgesetz

Die CDU-Fraktion sieht keinen Änderungsbedarf am Thüringer Bibliotheksgesetz (Drs. 5/1406, DIE LINKE). Das erklärte der CDU-Abgeordnete Jörg Kellner im Plenum. „Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen. Die CDU-Fraktion hat im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens 2008 auf diese Formulierung ein besonderes Augenmerk gelegt“, so der Abgeordnete. Durch ihren Gesetzentwurf wollte die Fraktion DIE LINKE den Freistaat zur Gewährleistung eines

flächendeckenden Netzes an Bibliotheken und zu verschiedenen Finanzierungen verpflichtet. Thüringen war 2008 das erste Bundesland, in dem die Arbeit der Bibliotheken einen eigenen gesetzlichen Rahmen erhalten hat. Grundgedanke des Gesetzes ist der freie Zugang zu Bibliotheken. Eine freie Lesesaalbenutzung nicht nur öffentlicher, sondern auch öffentlich geförderter Bibliotheken in kirchlicher oder privater Trägerschaft ist darin festgeschrieben.

(TOP 4) Kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen

Im Rahmen der Debatte zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Förderung des Mittelstandes (Drs. 5/1500) betonte der CDU-Wirtschaftspolitiker Gerhard Günther, dass der Entwurf zwar in die richtige Richtung gehe, grundsätzlich aber hinter den Erwartungen der CDU-Fraktion zurückbleibe. Nach Auffassung der CDU-Fraktion soll das Gesetz in erster Linie den kleinen und mittelständischen Betrieben und dem Handwerk in Thüringen dienen. „Das sind diejenigen, die in den letzten 20 Jahren das Ruder in die Hand genommen haben und mutig genug waren, Verantwortung zu übernehmen, Mitarbeiter zu beschäftigen und hohes privates Risiko aufzunehmen. Sie haben seit der Friedlichen Revolution den Thüringer Sozialstaat fortgetragen und sichern heute soziale Standards“, so Günther. Und darum sei es der CDU-Fraktion nach wie vor eine Herzensangelegenheit, das Vergaberecht mit der Novellierung des Mittelstandsfördergesetzes zu verknüpfen. Im Rahmen der öffentlichen Debatte warnte der CDU-Politiker insbesondere auch davor, sowohl die Thüringer Wirtschaft als auch die Thüringer Vergabestellen und Gerichtsbarkeiten mit zu viel Bürokratie und unbestimmten Rechtsbegriffen zu überfordern.

(Top 11) Entwicklungsperspektive zur Oberschule im Gesetz verankert

Die Thüringer Regelschulen erhalten eine Entwicklungsperspektive zur Oberschule, und die Thüringer Gemeinschaftsschulen werden als gleichberechtigter, aber nicht privilegierter Schultyp eingeführt. Auf diese zwei wichtigen Eckpunkte der Schulgesetznovelle (Drs. 5/1561) wies der CDU-Bildungspolitiker Volker Emde im Plenum hin. Die Regelschulen erhielten mit der Oberschule Entwicklungsperspektiven hin zu mehr Qualität und Praxisbezug. Das sei wichtig, damit diese Schulen nicht das grundfalsche Image von Restschulen angehaftet werden könne. Emde betonte, dass die Regelschule die tragende Säule des Thüringer Bildungssystems und besser als die meisten Realschulen anderen Länder sei. Im parlamentarischen Verfahren seien u.a. noch Fragen rund um das Thema gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen oder die Kooperation zwischen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien zu klären.

(TOP 10) Freie Schulen in Thüringen nicht gefährdet

Auch in der neuen Regierungskoalition und unter haushaltspolitische Herausforderungen ist der CDU-Fraktion sehr daran gelegen, dass Schulen in freier Trägerschaft (Drs. 5/1566) angemessen und auskömmlich gefördert werden. Das bekräftigte der CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Grob im Plenum. Die CDU habe diese Aussage auch zum Bestandteil des Koalitionsvertrages gemacht. Die Förderung müsse sich daran orientieren, was die freien Schulen brauchen, um mit staatlichen Schulen vergleichbare Lernbedingungen herzustellen. Es sei aber nicht so, dass alle Kosten, die im staatlichen Schulsystem anfallen, automatisch auch bei freien Schulen mitfinanziert werden müssen. „Angesichts der aktuellen Haushaltssituation ist es nur richtig, dass auch die freien Schulen bei den notwendigen Einsparungen nicht völlig außen vor bleiben“, sagte Grob. Die freien Schulen in Thüringen seien nicht gefährdet. Der vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung wird nun im Bildungsausschuss weiterberaten.

(TOP 9) Zukunftsakademien für junge Thüringer

Die langfristige konzeptionelle Einbindung der Berufsakademien in die Thüringer Hochschullandschaft soll Thema in den Ausschussberatungen zur Novelle des Thüringer Berufsakademiegesetzes werden. Das hat der CDU-Hochschulpolitiker Dr. Mario Voigt im Plenum erklärt. Das Berufsakademiegesetz (Drs. 5/1560) ist bis Jahresende befristet und wird aus diesem Grund in den nächsten Wochen in den Landtagsausschüssen beraten. Voigt bezeichnete die überaus erfolgreichen

Einrichtungen als „Zukunftsakademien für junge Thüringer“. Die Zahlen sprechen nach seinen Worten für das Berufsakademiestudium. 97 Prozent der Absolventen haben nach dem Studium einen Beruf, vier Fünftel bleiben in Thüringen. Die Nachfrage nach den begehrten Akademieplätzen wächst, in Gera sind 750 und in Eisenach 690 Studenten eingeschrieben. „In enger Kooperation mit dem Mittelstand tragen die Akademien entscheidend zur Fachkräftesicherung in Thüringen bei. Der Abschluss öffnet den Weg für ein Master-Studium an einer regulären Hochschule“, fasste der Wissenschaftspolitiker wesentliche Pluspunkte zusammen.

(TOP 7) Erwachsenenbildung sichern und ausbauen

Das Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz läuft am 31.12.2010 aus, wodurch eine Neuregelung (Drs. 5/1534) erforderlich ist. Der CDU-Bildungspolitiker Manfred Grob betonte, dass mit der Neuregelung das vorhandene System der Erwachsenenbildung sichergestellt und ausgebaut werde soll. Die Erwachsenenbildung sei wichtiger Bestandteil des Thüringer Bildungssystems, denn sie ermögliche jedermann ein lebenslanges Lernen an finanziell geförderten Einrichtungen im Land. Die Neuregelung wird nun im Bildungsausschuss beraten.